

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Christian Grimm

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich
neoliberalen Gedankenguts

Christian Grimm

Wirtschaftspolitische Positionen österreichischer Parteien im historischen Verlauf

Die Ausgestaltung österreichischer Parteiprogrammatiken hinsichtlich
neoliberalen Gedankenguts

Christian Grimm

Abstract

Diese Arbeit analysiert die Grundsatzprogramme der einflussreichsten österreichischen Parteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne) vor dem Hintergrund einer historisch gewachsenen Hegemonie des Neoliberalismus. Mittels einer vergleichenden Längsschnittanalyse wird der Einfluss der *neoliberale Wende* in den späten 1970er auf die Inhalte der Programmatiken identifiziert. Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die aktuellen Programme aller vier Parteien neoliberalen Standpunkten näherstehen als ihre analysierten Vorgängerschriften. Gleichwohl konnten Variierungen bei der Intensität der Annäherung nachgewiesen werden.

Abstract

Focus of this article is to analyse manifestos from Austrian parties concerning the historical neoliberal hegemony. The central aim is to detect how far content-related changes in party manifestos were effected by the *neoliberal turn* in the late nineteen seventies. Therefore an empirical longitudinal analysis was conducted, in which the currently manifestos were compared with those, who were not ascribed to the neoliberal age. The results show an increased impact of neoliberal contents in all current political programmes.

Keywords

Österreichische Parteiprogrammatiken, Marktliberale Prinzipien, Neoliberalismus, Wirkungsmacht ökonomischer Theorien

Austrian Party Manifestos, Liberal Principles, Neoliberalism, Performativity of Economics

1 Ökonomietheorien, Neoliberalismus und politische Grundsatzprogramme

Im Allgemeinen werden parteipolitische Grundsatzprogramme in der politikwissenschaftlichen Forschung im Vergleich zu Aktions- oder Wahlprogrammen weniger als konkrete Anleitung für aktuelle politische Tagesthemen, denn als langfristige und abstrakte Leitlinienvorgabe charakterisiert, aus der sich v.a. das Selbstverständnis einer Partei ableiten lässt (vgl. Flohr 1968; Flechtheim 1973). Obgleich Grundsatzprogrammen primär nach innen gerichtete Funktionen (z.B. Integrations-, Identifikations- und Legitimationsfunktion) zugeschrieben werden, erfüllen die darin herausgearbeiteten ideologischen Grundwerte, Forderungen und Zielsetzungen auch den Zweck der Konstituierung einer parteispezifischen Identität nach außen (z.B. Werbefunktion, Profildfunktion), insbesondere im Hinblick auf eine programmatische Abgrenzung zur Konkurrenz im demokratischen Wettbewerb (vgl. Kaack 1971). Im Entstehungsprozess von Grundsatzprogrammen nehmen parteiinterne Führungspersönlichkeiten für gewöhnlich keine alleinig bestimmende Rolle ein. Entscheidend sind die etwa auf (Sonder)Parteitagen zustande kommenden Ergebnisse, welche oftmals durch ideologischen Grundpositionen beeinflusst sind.

Dabei – und das ist der Ausgangspunkt dieses Beitrags – war es neben diverser politischer Ideologien auch ökonomietheoretischen Strömungen immer wieder möglich, ihr spezifisches Gedankengut als eine Art *common sense* auf die realpolitische Entscheidungsebene zu übertragen. So stehen z.B. nicht nur die Werke von Adam Smith (1776/2001), Karl Marx (1848) und John Maynard Keynes (1936/1964) symbolisch für die Wirkungsmacht solcher Theorien zur nachhaltigen Beeinflussung wirtschaftspolitischen Handelns, sondern auch die gegenwärtige Epoche des neoliberalen (Finanz)Kapitalismus fußt im Kern auf einer ökonomischen Konzeption. Zentraler Ursprung dieser Bewegung war das Gründungstreffen der Mont Pèlerin Society (MPS) 1947, bei dem das Ziel, den Neoliberalismus langfristig zur dominierenden Weltanschauung aufsteigen zu lassen, formuliert wurde (vgl. Schmelzer 2010). Der Durchbruch auf wirtschaftspolitischer Ebene (*neoliberale Wende*) gelang in den angelsächsischen Industriestaaten in den späten 1970er Jahren.

Gegenstand des vorliegenden Beitrags ist eine Auseinandersetzung mit unterschiedlichen programmatischen Positionen österreichischer Parteien vor dem Hintergrund der *neoliberalen Wende* in der Wirtschaftspolitik. Hierbei wird der Frage nachgegangen, welche neuen Vorstellungen und Standpunkte infolgedessen Einzug in die Grundsatzprogrammatiken hielten und inwiefern sich hieraus Unterscheidungen zu früheren Programmen identifizieren lassen. Zu diesem Zweck wird eine empirische Längsschnittanalyse anhand von vier spezifischen Dimensionen zur Untersuchung der programmatischen Ausgestaltung hinsichtlich der Intensität ihrer Annäherung auf neoliberal besetzte Inhalte durchgeführt.

Die weitere Untersuchung ist folgendermaßen strukturiert: Zu Beginn wird ein kurzer Überblick über die Historie des neoliberalen Hegemonialprojekts und einiger seiner Leitgedanken gegeben (Kapitel 2). Danach werden mit der Auswahl des Datenmaterials, der gewählten Verfahrensweise sowie der Festlegung der Untersuchungsdimensionen die methodischen Grundlagen der Analyse thematisiert (Kapitel 3). Im Anschluss daran erfolgt die Vorstellung der Ergebnisse für die einzelnen Parteien (Kapitel 4). Der Beitrag schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung der ermittelten programmatischen Standpunkte (Kapitel 5).

2 Wirkungsgeschichte und Leitgedanken des Neoliberalismus

Im nachfolgenden Kapitel wird zunächst ein Überblick über die Wirkungsgeschichte des Neoliberalismus präsentiert (2.1). Im Anschluss daran werden wesentliche Leitgedanken dieses Gedankengebäudes herausgearbeitet (2.2), die zugleich Grundlage für die empirische Längsschnittanalyse darstellen. Bei der Ausarbeitung der Leitgedanken und der Analyse der Programme fokussiert dieser Artikel auf die wirtschaftliche Dimension des Neoliberalismus. Dieser Fokus dient ausschließlich einer detaillierteren Auseinandersetzung und stellt die weitergehende Wirkmächtigkeit des Neoliberalismus nicht in Frage.¹

2.1 Wirkungsgeschichte des Neoliberalismus

Eine kontroverse Diskussion des Terminus *Neoliberalismus* findet nicht nur in Politik und Gesellschaft, sondern auch im akademischen Forschungsdiskurs statt.² Hierbei reichen die Beiträge von teilweise fundamentaler Kritik (vgl. Saad-Filho/Johnston 2005; Butterwegge et al. 2008; Ötsch 2009; Crouch 2013; Mirowski 2013) bis hin zu einer Verteidigung bzw. Befürwortung marktliberaler Position (vgl. Fukuyama 1992; Willke 2003; Heuser 2003), obgleich sich die in der Minderheit befindenden BefürworterInnen aufgrund der mittlerweile überwiegend negativ vorherrschenden Begriffskonnotation nicht explizit als neoliberal ausweisen (vgl. Mirowski 2014).

Historisch betrachtet, reichen die Wurzeln des *neuen Liberalismus* bis in die 20er Jahre des letzten Jahrhunderts zurück, als es im Zuge der Weltwirtschaftskrise zu einer Diskreditierung wirtschaftsliberaler Werte kam. In dieser Zeit wandten sich politische Entscheidungsträger vermehrt staatsinterventionistischen Konzepten (USA, Großbritannien) zu, die von Keynes „General Theory“ (vgl. Keynes 1936/1964), inspiriert worden sind. Darüber hinaus erhielten auch politisch extreme Ideologien, wie der Kommunismus (UdSSR) und der Nationalsozialismus/Faschismus (Deutschland, Italien) starken Zulauf. Gleichwohl gab es eine kleine aber international agierende Anhängerschaft (z.B. Ludwig Mises, Friedrich August Hayek, Walter Eucken, Alexander Rüstow, Louis Rougier, Walter Lippmann), die um die Erhaltung bzw. Neuausrichtung liberaler Ideen bemüht war. Auch wenn sich die einzelnen Vertreter auf gemeinsame inhaltliche Prinzipien verständigen konnten – bekannt ist v.a. das vom britischen Ökonomen Lionel Robbins ausgearbeitete *Statement of Aims*³ als eine Art kurze programmatische Grundlage der MPS (vgl. Walpen 2000) – so sind diese jedoch nicht als

¹ Eine kompakte Übersicht hierzu findet sich u.a. in Butterwegge et al. (2008) und Harvey (2005). Ein Eindruck über die enorme Bandbreite neoliberaler Anschauungen entsteht bei einem Blick auf die kontrovers geführten Debatten, beispielsweise in den Bereichen Gesundheitswesen (vgl. Deppe 2005) oder Globalisierung (vgl. Altwater/Mahnkopf 2007).

² Infolge der historisch bedingten differierenden Verwendungsweise wird der Versuch einer exakten Begriffsbestimmung erschwert. So hat der Ausdruck im Laufe des 20. Jahrhunderts einen bemerkenswerten Bedeutungswandel erfahren. Ursprünglich 1938 von Alexander Rüstow auf dem Colloquium Walter Lippmann als Selbstbezeichnung für eine neue Wirtschaftsform in Abgrenzung zum Laissez Faire-Liberalismus des 19. Jahrhunderts vorgeschlagen, wurde er ab den 1980er Jahren zunehmend im Zusammenhang mit kapitalismuskritischen Äußerungen in Verbindung gesetzt. Rund um die Jahrtausendwende erfuhr ihm insbesondere von seiner Gegnerschaft eine umfassende Kritik – so entwickelte er sich, von GegnerInnen als „negativer Inbegriff des entfesselten, global agierenden Kapitalismus“ (Butterwegge et al. 2008: 14) hochstilisiert, schließlich zu einem politischen Kampfbegriff.

³ Dabei handelt es sich um ein sechs Punkte umfassendes Dokument, in dem neben Freiheit, Privateigentum an Produktionsmitteln, einer (internationalen) Marktordnung auch eine Redefinition der Staatsfunktion thematisiert werden (vgl. MPS online).

homogener Teilnehmerkreis zu verstehen. Während etwa die Vertreter des Ordoliberalismus die Notwendigkeit einer politischen Organisation des Marktwettbewerbs in Form einer Wirtschaftsverfassung (vgl. Eucken 1952/1990) sahen, betont Hayek in seinen späteren Werken die Rolle evolutionär gewachsener Strukturen (vgl. Hayek 1969, 1979/1996).

Aufgrund der allgemeinen Abkehr von marktliberalen Anschauungen wird im Zuge der Auseinandersetzung mit der neoliberalen Hegemonieentfaltung der Zeitraum bis etwa 1947 als „*Verteidigungs- und Konsolidierungsphase*“ (Plehwe/Walpen 1999: 20) charakterisiert, in der es vorrangig (z.B. auf dem Lippmann-Colloquium 1938) um den Zusammenschluss „*zahlenmäßig unterlegener Truppen*“ (Nash 1976: 26) ging. Mit der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzenden „*Golden Age-Phase*“ (van Treeck et al. 2007: 637) des Kapitalismus, die u.a. durch ein starkes wirtschaftspolitisches Engagement des Staates geprägt war, wurde auf dem Gründungstreffen der MPS parallel dazu die Bewegungsphase des Neoliberalismus eingeläutet (vgl. Plehwe/Walpen 1999). Ausgehend von der Zielsetzung einer Veränderung des gesellschaftlichen Meinungsklimas zugunsten des Neoliberalismus, entwickelte sich Hayeks Elitentheorie (vgl. Hayek 1949/1960) zur gezielten Beeinflussung der gesellschaftlichen Meinung durch eine kleine Gruppe intellektueller Vordenker (*original thinkers*), deren Konzepte mittels Ideenverbreiter (*secondhand dealers in ideas*) unter die Bevölkerung zu transferieren sind, zur langfristigen strategischen Ausrichtung der MPS. Als praktische Konsequenz dieser Überlegungen wurde in den nächsten Jahrzehnten ein internationales Netzwerk an neoliberalen Think Tanks errichtet. Diesen wurde die Aufgabe der institutionell organisierten Ideenverbreitung zugewiesen und sie übernahmen in weiterer Folge einen entscheidenden Anteil bei der Etablierung marktliberaler Anschauungen (vgl. Plehwe/Walpen 1998; Ötsch et al. 2018).⁴

Sieht man von dem kurzen Abschnitt des als *Soziale Marktwirtschaft* bezeichneten ordoliberalen Intermezzos in der BRD zu Beginn der 1950er Jahre ab (vgl. Ptak 2004), wird der neoliberalen Ideologie auf theoretischer aber v.a. auf wirtschaftspolitischer Ebene bis Ende der 1960er Jahre ein geringer Einfluss bescheinigt. Erst eine Kette an Ereignissen im Laufe der 1970er Jahre begünstigte die allmähliche Herbeiführung des neoliberalen Transformationsprozesses in westlichen Industrienationen. Kowall (2013) führt in diesem Zusammenhang fünf Erklärungsansätze für die Ablösung der keynesianisch geprägten Wirtschaftsordnung an: (i) Die politikökonomische Erklärung thematisiert die falsche Reaktion des Staates auf die durch den Ölpreisanstieg entstandene Lohn-Preis-Spirale, wodurch es zum Auftreten der Stagflation kam; (ii) gemäß der klassenspezifischen Erklärung wurde zu dieser Zeit die Nachkriegsallianz zwischen Realkapitalisten und Gewerkschaftsorganisationen zugunsten eines neuen Bündnisses zwischen Finanz- und Realkapitalisten aufgekündigt; (iii) die ökologische Erklärung hebt die natürlichen Grenzen des keynesianischen Wachstumsmodells hervor, welche durch die Ölkrise offenkundig wurden; (iv) die Auflösung des Bretton Woods Systems 1973 wird in der finanzwissenschaftlichen Erklärung als der Beginn einer neuen – von Finanzmärkten dominierten – Wirtschaftsordnung interpretiert; (v)

⁴ Mit dem Institute of Economic Affairs, dass an der Umorientierung der englischen Tory Party beteiligt war (vgl. Cockett 1995) und der Heritage Foundation, deren *Mandate for Leadership*-Dokument Reagans Angebotspolitik vorwegnahm (vgl. Gellner 1995), gelang es marktliberales Gedankengut auf die wirtschaftspolitische Ebene zu übertragen.

und schließlich unterstreicht die ideengeschichtliche Erklärung, dass die Veränderung des Meinungsklimas seitens der neoliberalen Theoretiker gezielt vorbereitet wurde.⁵ Die *neoliberale Wende* entstand also im Zusammenspiel einer großen realwirtschaftlichen Veränderung (i-iv) und einer bewusst intendierten Strategie zur Hegemoniegewinnung (v).

Die endgültige Ablösung der keynesianischen Wirtschaftsepoche wurde in den späten 1970er Jahren durch eine wirtschaftspolitische Umwälzung (Chile, Großbritannien, USA, BRD) vollzogen. Etwa zur selben Zeit setzte auch ein Bedeutungswandel der ursprünglich positiv intendierten Begriffskonnotation ein, da KritikerInnen in Chile die Reformen unter Augusto Pinochet unter der Bezeichnung *neoliberalismo* zusammenfassten.⁶ Sie verbanden damit eine minimalstaatliche, marktfundamentale bzw. –radikale Variante des Kapitalismus auf Kosten des sozialen Sicherheitsgefüges. Diese Deutung setzte sich im Zuge der Amtsübernahme von Thatcher und Reagan im Wesentlichen auch im englischsprachigen Raum durch (vgl. Boas/Gans-Morse 2009).

Trotz dieser Kritik erhielten neoliberale Positionen zu Beginn der 1990er Jahre weiteren Aufschwung. Mitverantwortlich hierfür war das als *Washington Consensus* bezeichnete wirtschaftspolitische Maßnahmenbündel, welches von Weltbank und Internationalem Währungsfonds als Leitlinie für die Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer – v.a. in Lateinamerika – herangezogen wurde (vgl. Williamson 1993). Zudem erhielt der Neoliberalismus nach dem Ende des Systemkonflikts durch die Selbstauflösung der UdSSR im Dezember 1991 den Status einer ideologischen Führerschaft (vgl. Butterwegge et al. 2008). Aktuell besitzen neoliberale Anschauungen in sozial- und wirtschaftspolitischen Diskursen eine gewichtige Position, da sich mitunter auch gegenüber dieser Strömung zunächst reservierte politische Kräfte marktliberalen Standpunkten angenähert haben (vgl. Kapeller/Huber 2009; Mirowski/Plehwe 2009; Nachtwey 2009; Ötsch et al. 2018).

Auch in Österreich war ab Mitte der 1980er Jahre ein Wandel in Richtung einer stärker angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu beobachten. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen infolge der durch den Erdölpreisschock ausgelösten Rezession folgten jedoch zunächst einer anderen Maxime. Während viele westliche Industriestaaten ihr Hauptaugenmerk auf die Inflationsbekämpfung und ein ausgeglichenes Budget legten, wurde in Österreich mit dem *Austrokeynesianismus* die Strategie einer aktiven staatlichen Wirtschaftsgestaltung verfolgt, wobei dem (Voll)Beschäftigungsziel Priorität zugeschrieben wurde (vgl. Lacina 1993).⁷ Diese Phase wurde maßgeblich durch die Sozialdemokratie unter der Kanzlerschaft Kreiskys (1970-1983) geprägt. Im Wesentlichen beruhte das Modell auf drei Säulen: (i) expansive

⁵ Auch die Etablierung des von der schwedischen Reichsbank gestifteten *Alfred Nobel-Gedächtnispreises für Wirtschaftswissenschaften* verhalf dem Neoliberalismus salonfähig zu werden, da die beiden ersten Vorsitzenden des Entscheidungskomitees Lundberg (1975-79) und Lindbeck (1980-94) Mitglieder der MPS waren. In deren Amtsperioden erhielten gleich sieben Personen aus dem MPS-Netzwerk die Auszeichnung.

⁶ Im Anschluss an die politische Revolution im September 1973, nahm das Regime unter Pinochet mit maßgeblicher Unterstützung von Friedmans *Chicago Boys* die wirtschaftliche Umstrukturierung Chiles vor. So wurden u.a. fast alle Preiskontrollen aufgehoben, zahlreiche Staatsbetriebe sowie weite Teile des Gesundheits- und Rentensystems privatisiert, die Staatsausgaben um etwa ein Viertel reduziert sowie eine massive Zinserhöhung betrieben (vgl. Hira 1998).

⁷ Der Terminus *Austrokeynesianismus* wurde im Nachhinein vom österreichischen Ökonomen Hans Seidel als Bezeichnung für die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Österreichs von Mitte der 70er bis Mitte der 80er Jahre geprägt (vgl. Kriechbaumer 2006).

Budgetpolitik (*deficit spending*); (ii) Hartwährungspolitik; sowie (iii) sozialpartnerschaftliche Partizipation (vgl. Rieger 1993). Das System des *Austrokeynesianismus* geriet zu Beginn der 1980er Jahre allmählich in die Defensive, was u.a. auf die teilweise Unrentabilität der verstaatlichten Betriebe, einer wachsenden Staatsschuldenquote und der Veränderung des innerpolitischen Kräfteverhältnisses zurückzuführen ist.

2.2 Leitgedanken des neoliberalen Gedankengebäudes

Auf theoretischer Ebene erweist sich das Bestreben eine genaue Charakterisierung des Neoliberalismus vorzunehmen, nicht nur wegen dessen begrifflicher Bedeutungsveränderung, sondern auch auf Grund seiner inhaltlichen Bandbreite, als schwieriges Unterfangen. Das neoliberale Gedankengebäude ist als Konglomerat (teilweise) heterogener Denkschulen mit länderspezifischen Ausprägungen (z.B. Österreichische Schule, Freiburger Schule, Chicago School) anzusehen und besticht durch eine große Wandlungsfähigkeit. Nichts desto weniger fungierten in seiner Entwicklungsgeschichte gewisse wiederkehrende Leitgedanken als theoretisches Bindeglied zwischen den verschiedenen Ausprägungen. Da diese in weiterer Folge auch als Orientierungspunkt für die empirische Analyse verwendet werden, fokussiert sich die Aufzählung vermehrt auf wirtschaftspolitische Aspekte:

- (L1) Ablehnung kollektivistischer Strömungen, wobei hierunter sowohl Nationalsozialismus und Kommunismus/Sozialismus als auch Keynesianismus und Wohlfahrtsstaat subsumiert werden (vgl. Butterwegge et al. 2008).
- (L2) Wettbewerbsmarkt als wichtigste Koordinationsinstanz für ökonomische Aktivitäten wird zur Legitimierung einer marktdominierten Gesellschaft herangezogen (vgl. Nordmann 2005).
- (L3) Redefinition der Funktion des Staates im Sinne der Durchsetzung und Sicherung der marktwirtschaftlichen Funktionsfähigkeit⁸ (vgl. Walpen 2000).
- (L4) Orientierung an einer global ausgerichteten Standortpolitik, die ökonomisches Wachstum durch eine Verbesserung marktwirtschaftlicher Anreize sowie durch Abbau von Handelsbarrieren (Freihandel) und internationalen Standards (Deregulierung) zu generieren versucht (vgl. Clement et al. 2012; Butterwegge et al. 2008).
- (L5) Wirtschaftliche Handlungen werden ausnahmslos auf individuelle Verhaltensweisen (Einstellungen, Ziele, etc.) zurückgeführt (vgl. Hayek 1980).⁹ In diesem Kontext wird die Selbstverantwortlichkeit des Individuums hervorgehoben.
- (L6) Ablehnung wohlfahrtsstaatlicher Verteilungsmaßnahmen, die über die Existenzsicherung hinausgehen.¹⁰ Ein ausgedehnter Sozialstaat wird im

⁸ Das neoliberale Staatsverständnis ist ein Ambivalentes. Einerseits wird bei sozialstaatlichem Engagement ein *schwacher Staat* beabsichtigt, andererseits bedarf die Organisation der Marktgesellschaft einen *starken Staat*. Die Forderung nach staatlichen Rahmenbedingungen wird von Eucken pointiert formuliert: „*Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein*“ (Eucken 1951: 72). Folglich wird nicht die Zerschlagung staatlicher Macht, sondern vielmehr eine Umwandlung vom Wohlfahrts- zum Wettbewerbsstaat angestrebt.

⁹ Kollektive Systeme (Gesellschaft) werden nicht als eigenständige Akteure anerkannt. So ist für Hayek die Gesellschaft „*keine handelnde Person, sondern eine geordnete Struktur von Handlungen, die sich daraus ergibt, dass ihre Mitglieder gewisse abstrakte Regeln beachten*“ (Hayek 1980: 131).

¹⁰ Hayek sieht in der zunehmenden Verteilungspolitik des Wohlfahrtsstaates eine Aushöhlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. „*Das Soziale bezeichnet kein definierbares Ideal, sondern dient heute nur mehr dazu die*

internationalen Wettbewerb als Standortnachteil wahrgenommen (vgl. Klages/Strutynski 1997).

3 Methodische Konzeption

Um empirisch zu überprüfen, in welchem Ausmaß neoliberale Positionen in die parteiprogrammatische Ausgestaltung österreichischer Parteien eingeflossen sind, wird im Folgenden eine vergleichende Längsschnittanalyse durchgeführt. Als Datengrundlage dienen Grundsatzprogramme von ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne. Die Auswahlbasis bildet ein breites politisches Spektrum ab, innerhalb dessen christlich-konservative, sozialdemokratische, liberale und ökologische Werte anzutreffen sind. Ein Indiz für eine neoliberale Deutungshoheit liegt vor, wenn dessen Grundwerte und Zielsetzungen über alle Parteien und Ideologien hinweg Verbreitung finden. Eine auf diese Weise resultierende Angleichung der programmatischen Inhalte käme auch Hayeks Vorstellung von einer dominierenden Weltanschauung (Elitentheorie) sehr nahe, hierbei ist auf die – eingangs erwähnte – Primärfunktion von Grundsatzprogrammen als abstrakte Leitlinienvorgabe und die damit verbundene eingeschränkte Relevanz für tagespolitische Entscheidungen zu verweisen.

Im Sinne des vergleichenden Designs wurde das jeweils aktuelle Parteiprogramm mit einem früheren Programm, welches noch nicht in die vom Neoliberalismus gekennzeichnete Epoche fällt, gegenübergestellt (Tabelle 1).

Tabelle 1: Grundsatzprogramme für die empirische Analyse (Eigene Darstellung)¹¹

Fraktion	Programmatik aus der neoliberalen Epoche	Vergleichsprogrammatik (aus der <i>Golden Age Phase</i>)
ÖVP	2015	1972
SPÖ	1998	1978
FPÖ	2005 ¹²	1973
Grüne	2001	1986 ¹³

Der vergleichenden empirischen Textanalyse wird die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2010) zugrunde gelegt. Die Strategie zur Entwicklung der Untersuchungsdimensionen orientierte sich dabei einerseits am Datenmaterial (Parteiprogrammatiken), andererseits wurden auch die sechs Leitgedanken des Neoliberalismus (siehe: 2.2) in die provisorische Kategorienfestlegung miteinbezogen. Insofern ist die hier

Regeln der freien Gesellschaft, der wir unseren Wohlstand verdanken, ihres Inhalts zu berauben“ (Hayek 1979/1996: 16).

¹¹ Aufgrund einer notwendigen Beschränkung auf die hier interessierenden Zeitphasen wurde auf die Analyse der frühen Parteiprogramme (von vor ca. 1970) verzichtet. Dies galt parteibezogen für die Programme aus den Jahren: ÖVP (1945, 1952, 1958, 1965), SPÖ (1947, 1958, 1966), FPÖ (1955, 1957/58, 1964, 1968/70).

¹² Da das aktuelle Programm aus 2011 eine stark gekürzte, aber inhaltlich nur minimal modifizierte Version von 2005 ist, wurde auf diese umfangreichere Variante zurückgegriffen. Ebenso verzichtet wurde auf die Analyse der Programmatik von 1985 als frühe und damit später (2005) überholte Variante der neoliberalen Epoche. Selbiges gilt für die frühe Programmatik der Grünen (1990).

¹³ Wengleich aufgrund der jungen Parteigeschichte auf keine früheren Schriften zurückgegriffen werden konnte, scheint eine Verfälschung der Ergebnisse durch eine neoliberale Einflussnahme nicht gegeben zu sein, da sich die Partei als (ökologische) Alternative zur bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung versteht.

gewählte Herangehensweise eine Mischform zwischen induktivem und deduktivem Ansatz. Im Anschluss an die provisorische Einteilung wurde eine am Datenmaterial ausgerichtete Kategorienrevision durchgeführt und folgende finale dimensionale Einteilung festgelegt:¹⁴

- (i) In der Dimension *Marktbild* soll die grundsätzliche Einstellung zur marktbasieren Organisationsform erhoben werden. Dabei interessiert v.a. inwiefern die Zuschreibung bestimmter Wesensmerkmale mit der oben angeführten marktoptimistischen Sichtweise des Neoliberalismus, im Sinne der zentralen Lenkungsfunktion ökonomischer Aktivitäten (L2), Übereinstimmungen aufweist.
- (ii) In der Dimension *Wirtschaftspolitik* werden darauf aufbauend die verschiedenen Zielsetzungen und Maßnahmen wirtschaftspolitischen Handelns erfasst. Maßgebliche Kennzeichen für eine neoliberale Handschrift sind dabei das Bestreben der langfristigen Gewährleistung einer global ausgerichteten Marktgesellschaft (L3), infolge einer stetigen Optimierung von (angebotsseitigen) Anreizmechanismen (L4).
- (iii) In der Dimension *Menschenbild* werden die Grundwerte und Bedingungen der menschlichen Selbstverwirklichung im Spannungsfeld zwischen individualistischen und kommunitaristischen Idealen thematisiert. Der neoliberalen Position liegt hierbei ein stark individualistisch geprägtes Menschenbild vom selbstverantwortlichen Individuum (L5) zugrunde.
- (iv) In der Dimension *Wohlfahrtsstaat* erfolgt eine Sondierung sowohl im Hinblick auf die Einstellung zu Höhe und Reichweite wohlfahrtsstaatlicher Leistungen als auch in Bezug auf die Beurteilung verteilungspolitischer Maßnahmen. Gemäß der neoliberalen Position schmälert ein umfassender Sozialstaat den individuellen Leistungsanreiz und führt im internationalen Vergleich zu Standortnachteilen (L6).

4 Ergebnisdarstellung der empirischen Untersuchung

Die Resultate der empirischen Abhandlung werden in vier Subkapiteln vorgestellt, wobei in jedem Teilstück eine Partei in der dimensionalen Reihenfolge Marktbild – Wirtschaftspolitik – Menschenbild – Wohlfahrtsstaat behandelt wird.

4.1 Interpretation der Parteiprogramme der ÖVP

Nach der Niederlage bei der Nationalratswahl (NRW) 1970 ging die ÖVP erstmals in die Opposition und verblieb dort auch nach den vorgezogenen Wahlen 1971. Infolgedessen kam unter Obmann Schleiner zu einer Grundsatzdebatte, deren Ergebnisse im *Salzburger Programm* (Beschluss 01.12.1972) festgeschrieben wurden (vgl. ÖVP 2018 online). Darin verortet sie sich als „Partei der fortschrittlichen Mitte“ (ÖVP 1972: 4). Das am 37. Bundesparteitag (12./13.05.2015) in Wien beschlossene aktuelle Programmatik war das Resultat des im März 2014 gestarteten Projekts *Evolution Volkspartei*. Das Selbstverständnis orientiert sich v.a. an den Prinzipien der Freiheit und Eigenverantwortung (vgl. ÖVP 2015: 5).

¹⁴ Im Zuge der Revision wurde etwa 50% des Datenmaterials anhand der provisorischen Einteilung gesichtet. Dabei konnten zum neoliberalen Leitgedanken der Ablehnung des Kollektivismus kaum verwertbare Textpassagen identifiziert bzw. die vorhandenen Elemente nicht sinnvoll von anderen Dimensionen getrennt werden. Die Eliminierung dieser Dimension war somit naheliegend.

Realpolitisch befand man sich zu jener Zeit in einer Koalition mit der SPÖ und stellte mit Mitterlehner den Vizekanzler.

4.1.1 Marktbild

Die ÖVP vermittelt in ihrer Programmatik von 1972 ein optimistisches Bild von der als soziale Marktwirtschaft bezeichneten Wirtschaftsform, die mit einer prosperierenden Gesellschaftsentwicklung einhergeht (vgl. ÖVP 1972: 13f). Demnach führen die in der Marktwirtschaft innewohnenden Kräfte, in Verbindung mit einer produktivitätsorientierten Wirtschaftspolitik, zu gesamtwirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherung:

„Instrument dieses Strebens ist die soziale Marktwirtschaft, die in ihrer Weiterentwicklung nicht allein wachsenden Wohlstand erringen und individuelle Bedürfnisse befriedigen, sondern auch die gemeinschaftlichen Aufgaben in Gegenwart und Zukunft erledigen soll“ (ÖVP 1972: 21).

Das kapitalistische System wird allerdings nicht unter rein ökonomischen Gesichtspunkten wahrgenommen, sondern auch für den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Infrastruktur dienstbar gemacht. Um die Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft realisieren zu können, wird die Notwendigkeit staatlicher Rahmenbedingungen (z.B. freie Berufswahl, freier Wettbewerb) sowie die Mitwirkung der österreichischen Sozialpartnerschaft vorausgesetzt (vgl. ÖVP 1972: 21f).

Das Programm von 2015 schließt an diese grundsätzlich marktoptimistische Sichtweise an, wengleich Veränderungen in der Akzentuierung festgestellt werden können. So wird die etwas defensiv klingende Formulierung in Bezug auf die Fähigkeit des Wirtschaftsmodells in der 72er Programmatik zugunsten einer offensiven Ausrichtung eines selbstregulierenden Systems ersetzt. Ferner hielten auch ökologische Themenfelder stärkeren Einzug in die aktuelle Programmatik:

„Die Ökosoziale Marktwirtschaft setzt den richtigen Rahmen und die richtigen Anreize um Innovationskraft, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit mit einer nachhaltigen klima- und umweltschonenden Entwicklung zu vereinbaren. Wir vertreten die Ökosoziale Marktwirtschaft offensiv als wegweisendes politisches Leitbild für Europa und die Welt“ (ÖVP 2015: 14).

Im neuen Grundsatzprogramm wird zudem die Bedeutung der, auf einem Höchstmaß an wirtschaftlicher Freiheit beruhenden, unternehmerischen Leistungsfähigkeit als *„Fundament unseres Gesellschaftsmodells“* (ÖVP 2015: 6) herausgestrichen. Soziale und ökologische Herausforderungen werden stets vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerbsfähigkeit betrachtet. Mit dieser Vorstellung ist auch eine ausgeprägte Ablehnung gegenüber staatlichen Regulierungsmaßnahmen verbunden (vgl. ÖVP 2015: 10, 18).

4.1.2 Wirtschaftspolitik

Die konkrete Ausgestaltung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen im 72er Programm ist dem Leitbild der sozialen Marktwirtschaft verpflichtet. Hierbei wird die Bedeutung der unternehmerischen Leistungsfähigkeit hervorgehoben, um sich im internationalen Konkurrenzkampf zu profilieren (vgl. ÖVP 1972: 21). Die Zielvorgaben besitzen zudem eine

gesellschaftspolitische Komponente, bei der auch das Interesse der ArbeitnehmerInnen in Form der Beschäftigungssicherung Berücksichtigung findet:

„Diese Entscheidungen [der Wirtschaftspolitik – Anm. des Autors] müssen sich den Zielen der sozialen Marktwirtschaft, wie Stabilität des Geldwertes, wirtschaftliches Wachstum, Sicherung der Vollbeschäftigung und Erhaltung des notwendigen Leistungsanreizes und Sparwillens unterordnen“ (ÖVP 1972: 22f).

Das staatliche Instrumentarium zur Wahrnehmung dieser Aufgaben beruht auf einem auf Basis einer wirtschaftsnahen Gesetzgebung entsprechenden Policy Mix (z.B. Steuer-, Konjunktur- und Investitionspolitik) (vgl. ÖVP 1972: 22). Staatlicher Dirigismus wird hingegen mit dem Verweis steigender Abhängigkeiten von Unternehmen und BürgerInnen abgelehnt (vgl. ebd.: 11, 15).

In der gegenwärtigen Schrift ist das wirtschaftspolitische Handeln des Staates an internationaler Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Insofern fokussieren sich die Maßnahmen in der Hauptsache auf eine Stärkung der Angebotsseite. Angestrebt werden u.a. ein leistungsfreundliches Steuersystem als Anreizmechanismus für Privatinitiative und Investitionsbereitschaft sowie mehr (Arbeitsmarkt)Flexibilität (vgl. ÖVP 2015: 21, 24). Ferner erkennbar ist ein Staats skeptizismus, der sich sowohl auf (Regulierungs)Vorschriften als auch auf die staatliche Leistungserbringung bezieht:

„Eine automatische Auslaufklausel für Gesetze und Vorschriften soll beschlossene Maßnahmen kontinuierlich auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüfen. Wo – insbesondere wirtschaftliche – Leistungen besser durch Private erbracht werden, setzen für uns für die Privatisierung staatlicher Unternehmungen ein, die nicht der Daseinsvorsorge dienen. Die Gewährleistung von Leistungen durch den Staat bedeutet nicht, dass er diese selbst erbringen muss“ (ÖVP 2015: 18).¹⁵

Die Partei vertritt die Sichtweise eines schlanken Staatswesens, dessen – an unternehmerischen Prinzipien ausgerichteten – Handlungen eine Maximierung individueller Wahlmöglichkeiten und eine sparsame Ressourcenverwendung ermöglichen soll (vgl. ÖVP 2015: 14).

4.1.3 Menschenbild

Das Menschenbild in der Programmatik von 1972 baut auf zwei leitende Gedanken auf: Solidarismus und Subsidiarität. Dem solidarischen Prinzip zufolge ist die individuelle Selbstverwirklichung nur im Wechselspiel mit der Gemeinschaft realisierbar:

„Der Mensch kann nur in der Gemeinschaft zur vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit kommen. Er hat die Verpflichtung seinen Beitrag zum Gemeinwohl zu

¹⁵ Private Anbieter können durchaus Aufgaben in der Daseinsvorsorge (z.B. Verkehrswesen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung) übernehmen und Profite generieren. Der Staat übernimmt lediglich die Versorgungsgarantie.

leisten. Die Gesellschaft ihrerseits hat die Verpflichtung die Selbstverwirklichung des Menschen zu ermöglichen“ (ÖVP 1972: 7).

Daneben werden mit dem subsidiären Prinzip individuelle Freiheit und Selbstbestimmung als maßgebliche Faktoren für eine erfolgreiche Entwicklung hervorgehoben. Staatliche Maßnahmen müssen so gestaltet sein, dass sie nicht im Sinne eines uniformierenden Charakters gegen die persönliche (Handlungs)Freiheit gerichtet sind, sondern leistungsfördernde Anreize aufweisen (vgl. ÖVP 1972: 7, 9).

Bei der Ausgestaltung der menschlichen Arbeitswelt spielt neben dem Leistungsgedanken die humane Selbstverwirklichung eine wichtige Rolle. Auch wird vor einem übersteigerten Leistungszwang und einer Entfremdung des Menschen infolge technischer Spezialisierung gewarnt (vgl. ebd.: 9f, 18f).

Im aktuellen Grundsatzprogramm wurde das ausgewogene Verhältnis zwischen Solidarität und Subsidiarität aus dem 72er Dokument zugunsten einer Stärkung der individuellen Freiheit aufgegeben. Die solidarische Komponente beschränkt sich nun auf den Hinweis der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, wobei hierunter v.a. die Familie verstanden wird (vgl. ÖVP 2015: 9f). An erster Stelle wird das eigenverantwortliche Lösen aller Angelegenheiten befürwortet. Diese Maxime bildet gemeinsam mit der Forderung nach der Abwesenheit staatlicher Anordnungen die zentrale Bedingung zur freien Persönlichkeitsentfaltung (vgl. ebd.: 5, 10):

„Wir stehen für eine Gesellschaftsordnung, die dem Einzelnen bestmögliche Entfaltung durch ein Höchstmaß an Wahlfreiheit ermöglicht. Wie Menschen ihr Leben gestalten (...) muss in ihrer freien Entscheidung liegen“ (ÖVP 2015: 25).

Ein weiterer Unterschied zur Vorgängerprogrammatur lässt sich in Bezug auf die Ausgestaltung der menschlichen Arbeitswelt erkennen, wo der Leistungsgedanke zum dominierenden Prinzip aufgestiegen ist, während Formulierungen zu humanen Perspektiven vage gehalten sind (vgl. ÖVP 2015: 11, 21f).

4.1.4 Wohlfahrtsstaatliches Engagement

Die ÖVP weist in ihrer früheren Programmatur auf den dynamischen Charakter wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen hin, die sich an den jeweiligen sozioökonomischen Gegebenheiten orientieren müssen. Dabei bekennt sie sich zum sozialen Staat in einer partnerschaftlichen Gesellschaft, dessen Leistungen mehr als die reine materielle Existenzsicherung abzudecken haben:

„Eine moderne Sozialpolitik muss außer der quantitativen Vorsorge auch einen qualitativen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse des einzelnen leisten“ (ÖVP 1972: 24).

Zugleich warnt die Partei vor den Folgewirkungen, die von einem etablierten Sozialsystem in Form von Gewöhnungseffekten sowie stetig steigenden Finanzaufwendungen ausgehen

können. Staatliche Sozialpolitik ist daher durch zumutbare eigenständige private Vorsorgeleistungen zu ergänzen (vgl. ÖVP 1972: 25).

Die Verteilung der personellen Einkommen soll grundsätzlich durch das Leistungsprinzip geregelt sein, um Leistungsbereitschaft, Fortschritt aber auch sozialstaatliche Sicherheit zu ermöglichen. Aus der nicht vollkommen praktizierten Leistungsvergütung ergeben sich finanzielle Mittel, die als sozialstaatliche Unterstützung für Nichtleistungsbefähigte herangezogen werden (vgl. ebd.: 9f).

Im Programm von 2015 begreift die Partei wohlfahrtsstaatliches Engagement primär als eine zeitlich zu begrenzende staatliche Unterstützungsleistung, die im Falle von Notlagen oder in bestimmten Lebensabschnitten (z.B. Pension) zutragen kommt. Die Definition von Lebensrisiken obliegt dabei dem Sozialstaat. Leistungen müssen so gestaltet werden, dass sie keine andauernden Abhängigkeitsverhältnisse erzeugen, sondern eigenverantwortliches Handeln fördern:

„Die sozialstaatliche Grundversorgung in Schicksalsfällen ist ebenso unverzichtbar wie die Beistand in bestimmten Lebensphasen. Unterstützungen Einzelner oder sozialer Institutionen sind im Sinn der Stärkung von Eigenverantwortung und Selbstermächtigung auf Zeit anzulegen“ (ÖVP 2015: 31).

Gemäß der Eigenverantwortung wird von den Individuen daher die Pflicht zur privaten Vorsorge eingefordert. Der „solidarische“ Wohlfahrtsstaat ist in einem tauschtheoretischen Sinne zu verstehen, bei dem nicht nur Solidarität mit den LeistungsempfängerInnen, sondern auch mit den LeistungsfinanziererInnen hervorgehoben wird (vgl. ÖVP 2015: 12).

Verteilungspolitische Maßnahmen des Staates werden mit dem Verweis auf negative Effekte auf den gesamtwirtschaftlichen Wohlstand abgelehnt (vgl. ebd.: 30).

4.2 Interpretation der Parteiprogramme der SPÖ

Die Programmatik von 1978 (Beschluss 20.05.1978) entstand während der Hochphase der SPÖ, die von 1971 bis 1983 unter der Kanzlerschaft von Kreisky alleinregierende Partei war. Inhaltlich ist das Programm an den Gedanken der sozialen Demokratie und einer Gesellschaft ohne Klassengegensätzen ausgerichtet, wie es in der Vorbemerkung des Dokuments heißt (vgl. SPÖ 1978: 3). Im Vergleich dazu wurde das aktuelle Programm am Ende einer langen Koalitionsphase mit der ÖVP als Juniorpartner (1986-1999), welche 1999 unter dem Parteivorsitz von Klima endete, beim Parteitag am 30./31. Oktober 1998 beschlossen. Dementsprechend war diese Schrift Ausdruck einer inhaltlichen Modernisierung und Öffnung der Partei in Richtung Marktkonformität.

4.2.1 Marktbild

Im Parteiprogramm von 1978 herrscht eine negative Auffassung von dem kapitalistischen Wirtschaftssystem vor, das durch zwei wesentliche Merkmale gekennzeichnet ist. Erstens ist das System von Gewinnstreben und Konkurrenz geprägt. Dabei stehen die Interessen der

Eigentümer und Unternehmer und nicht die der Gesamtbevölkerung im Vordergrund. So üben die Produktionsbedingungen schädigende Einflüsse auf Mensch und Gesellschaft aus, da nicht deren Bedürfnisbefriedigung, sondern ökonomische Faktoren wie unternehmerischer Profit und Wachstum die treibenden Kräfte des Wirtschaftssystems darstellen. Menschen die in diesem Konkurrenzsystem nicht bestehen können, werden an den Rand gedrängt (vgl. SPÖ 1978: 11).

Der zweite Kritikpunkt wendet sich gegen die Annahme der Stabilität der kapitalistischen Marktwirtschaft. Vielmehr wird dem System eine immanente Tendenz zur Krisenanfälligkeit attestiert, demzufolge wirtschaftliche Instabilitäten kein Resultat eines Staatsversagens, sondern aufgrund von Marktversagen auftreten:

„Deshalb stellt sich den Sozialisten nach wie vor die historische Aufgabe, der konservativen Illusion von den Selbstheilungskräften der Marktwirtschaft eine klare Analyse der wirklichen Krisenursachen entgegenzustellen“ (SPÖ 1978: 12).

Der Kapitalismus muss durch aktives politisches Handeln gestützt werden, wenngleich dadurch die Krisenanfälligkeit des Systems nicht überwunden werden kann (vgl. SPÖ 1978: 10f).

Im Vergleich zur Sichtweise von 1978 offenbart das neue Parteiprogramm ein weitaus optimistischeres Marktbild. Während zuvor noch die systemische Krisenanfälligkeit als wesentliches Merkmal herausgestellt wurde, wird nun stärker auf Marktkräfte und ihre koordinierende Fähigkeit zur effizienten Leistungserstellung vertraut. In diesem Zusammenhang wird eine funktionierende Volkswirtschaft als Voraussetzung für Vollbeschäftigung, wirtschaftlichen Wohlstand und soziale Sicherheit angesehen:

Märkte – ihre Dynamik und Innovationsfähigkeit – liefern innerhalb definierter Rahmenbedingungen und bei fairem Wettbewerb einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Wohlstands durch ihren Zwang zu effizienter und preiswerter Erbringung von Leistungen im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher (SPÖ 1998: 6f).

Die Sozialdemokraten sehen die Grenzen des Marktmechanismus jedoch insbesondere bei verteilungspolitischen Fragestellungen erreicht, welche ein politisches Eingreifen verlangen (vgl. SPÖ 1998: 7).

4.2.2 Wirtschaftspolitik

Angesichts der Fehlentwicklungen des Kapitalismus wird eine umfassende Transformation des Wirtschaftssystems nach sozialistischen Prinzipien gefordert, wobei bei der Umsetzung dem gemeinwirtschaftlichen Sektor in Gestalt verstaatlichter Unternehmen und öffentlicher Versorgungsbetriebe eine zentrale Rolle zukommt. Die betriebliche Leistungserstellung soll im Rahmen eines planenden Wirtschaftsprozesses *und* nach demokratischen Grundprinzipien im Interesse der gesamtgesellschaftlichen Wohlstandsvermehrung organisiert werden (vgl. SPÖ: 1978: 23, 29):

Welchen Beitrag ein großer gemeinwirtschaftlicher Sektor, vor allem die Verstaatlichung der Grundindustrie und Großbanken, zur Erhaltung der

wirtschaftlichen Unabhängigkeit und zur Sicherung der Vollbeschäftigung leisten kann, hat sich gerade in Österreich gezeigt (SPÖ 1978: 23).

Neben dem Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Wirtschaftssektor werden dem Staat weitreichende Gestaltungskompetenzen eingeräumt, um die negativen Folgen des Kapitalismus einzudämmen. Expliziten Vorrang hat dabei die Schaffung und Sicherung einer humanen Arbeitswelt (Vollbeschäftigung). Um ein möglichst hohes Niveau zu erhalten, werden öffentliche Investitionen zur Nachfragestützung sowie Steuersenkungen zugunsten der Kaufkraftstärkung unterer und mittlerer Einkommenschichten forciert (vgl. SPÖ 1978: 24f).

20 Jahre später wird mit der wirtschaftspolitischen Ausrichtung in der 78er Programmatik teilweise gebrochen. Zwar wird dem Staat bei der Erbringung von öffentlichen Leistungen weiterhin eine wichtige Stellung eingeräumt, gleichzeitig wird vor der Gefahr der Einengung individueller Freiheiten durch ein Übermaß an staatlicher Bürokratie gewarnt. Konkret schlägt die Partei eine Aufgabenteilung vor, die sich an den Grundsätzen des Gemeinwohls, der Leistungsqualität sowie der Kosteneffizienz orientiert (vgl. SPÖ 1998: 21f):

Ob Leistungen gemein- oder privatwirtschaftlich erbracht werden, ist danach zu entscheiden, wer (...) die Anforderungen in Bezug auf Qualität, Effizienz und Wirtschaftlichkeit am besten erfüllt, wobei vor allem auch der gesamtgesellschaftliche Nutzen berücksichtigt werden muss (SPÖ 1998: 21).

Über die Zeit hinweg konstante Zielsetzungen sind Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Investitionstätigkeiten in die Infrastruktur sowie das Eintreten für eine Einkommensverteilung. Neu ist hingegen die Vorstellung mittels institutioneller Rahmenbedingungen freie Wettbewerbsbedingungen zu garantieren. Von besonderer Bedeutung ist hierbei ein Wirtschafts- und Kartellrecht zur Verhinderung von Machtkonzentrationen (vgl. SPÖ 1998: 9).

4.2.3 Menschenbild

Das Menschenbild im 78er Programm orientiert sich am Leitprinzip einer solidarischen Gesellschaft, in der nicht das eigeninteressierte, sondern ein in die Gemeinschaft eingebettetes Individuum im Zentrum der Betrachtung steht. Die SPÖ wendet sich gegen die Vorstellung einer ausschließlich auf individueller Leistungserbringung beruhenden Verbesserung der eigenen Lebenssituation. Stattdessen wird die persönliche Selbstverwirklichung von einem funktionierenden Gesellschaftssystem abhängig gemacht:

Wir Sozialisten wissen, dass nur eine Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Mitglieder einer Gesellschaft auch die Verbesserung der Lebensverhältnisse des einzelnen zu sichern vermag (SPÖ 1978: 14).

Angesichts des ständigen Leistungsdrangs und des hohen Grads an Fremdbestimmtheit fordern die Sozialisten eine Humanisierung der Arbeitswelt. Menschliche Arbeit soll demnach nicht vorrangig Werkzeug für bloße Profit- und Einkommensgenerierung sein, sondern einen darüber hinaus gehenden sinnstiftenden Charakter einnehmen (vgl. SPÖ 1978: 11, 37).

In der Schrift von 1998 wird an die Vorstellung der sozialen Verantwortlichkeit des Einzelnen für die Gemeinschaft angeknüpft. So ist es nach wie vor das Bestreben der Partei eine Gesellschaftsordnung zu errichten, die sich an solidarischen Prinzipien orientiert und zugleich die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit garantiert. Im Unterschied zur Vorgängerprogrammatik wird jedoch die Abhängigkeit des individuellen Wohlergehens von den gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen fallengelassen (vgl. SPÖ 1998: 5f):

„Wir stehen für eine Politik, die die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben selbstbestimmt und mündig zu gestalten, und wollen gesellschaftliche Bedingungen schaffen, die diesem Prinzip entsprechen“ (SPÖ 1998: 6).

Aufgabe des Staats ist es die BürgerInnen vor potentiell negativen Auswirkungen der Marktkräfte zu schützen (vgl. SPÖ 1998: 7), zugleich muss staatliches Handeln darauf gerichtet sein, Autonomie und Eigenverantwortung des Einzelnen zu steigern (vgl. ebd.: 20).

Auch bei der Ausgestaltung der menschlichen Arbeitswelt ist ein Bedeutungswandel feststellbar. So wird der Primat einer sinnstiftenden Arbeit aus dem 78er Programm zugunsten einer bloßen Partizipation im Arbeitswesen ersetzt. In diesem Sinn steht nun die Schaffung von lebensunterhaltsichernder Erwerbsarbeit im Vordergrund (vgl. ebd.: 3, 7).

4.2.4 Wohlfahrtsstaatliches Engagement

Die SPÖ hebt im Grundsatzprogramm von 1978 ihren maßgeblichen Anteil am Aufbau eines umfassenden wohlfahrtsstaatlichen Apparats hervor. Diesem kommt nicht nur eine existenzsichernde Funktion zu, sondern er hat darüber hinaus die stetige Verbesserung der Lebensverhältnisse (z.B. Recht auf Arbeit, Recht auf eine humane Umwelt) sowie die aktive Teilnahme aller BürgerInnen am Gemeinschaftsleben zu gewährleisten:

„Das System der sozialen Sicherheit muss so ausgebaut werden, dass jedem Österreicher die Freiheit von Not sowie seine Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben garantiert ist“ (SPÖ 1978: 38).

Soziale Sicherheit wird dabei als eine vorrangig staatliche Aufgabe verstanden, die nur in geringem Ausmaß durch private Vorsorgeleistungen ergänzt werden kann (vgl. SPÖ 1978: 37).

Die Sozialisten traten, ausgehend von ihrem Befund eines beträchtlichen Maßes an Einkommensungleichheit in der österreichischen Gesellschaft, für verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten niedriger Einkommenschichten ein. Die Ungleichheit sollte dabei v.a. durch eine solidarische Lohnpolitik sowie eine entsprechende Steuerpolitik verringert werden (vgl. ebd.: 26).

Auch in der Programmatik von 1998 werden sozialstaatliche Leistungen als Basis für sozialen Frieden und individuelle Entfaltung angesehen. Wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen inkludieren dabei sowohl das Ziel der Vollbeschäftigung als auch ein solidarisches Sicherungsnetz, das den Bedürftigen als Existenzsicherung dient:

„Sicherheit und Wohlfahrt verstehen wir dabei in einem sehr umfassenden Sinne: Das Ziel der Vollbeschäftigung gehört ebenso dazu wie solidarische Sicherungssysteme für Alter, Krankheit, Behinderung, Unfall und Arbeitslosigkeit sowie ein sozial gerechtes System von Transferleistungen“ (SPÖ 1998: 12).

Die im Vorgängerprogramm ausgegebene Zielvorstellung der gesellschaftlichen Partizipation aller BürgerInnen wird hingegen nicht mehr thematisiert. Vielmehr findet eine Reduktion der Zielgruppe statt, wenn es heißt, dass *„tatsächlich jenen geholfen wird, die in Notlage geraten sind“* (ebd.: 1998: 12). Überdies wird von den Menschen Eigenverantwortung in Form privater Vorsorgeleistungen gefordert (vgl. SPÖ 1998: 12).

Bei der Verteilung von Einkommen wird das Leistungsprinzip als Legitimation für Einkommensunterschiede herangezogen, wenngleich die Ungleichverteilung nicht zu Lasten einer beständigen Teilnahme aller am gesellschaftlichen Leben gehen darf (vgl. ebd.: 9).

4.3 Interpretation der Parteiprogramme der FPÖ

Das Freiheitliche Manifest zur Gesellschaftspolitik (Beschluss 05./06.1973 in Linz) bildete den Abschluss einer seit Ende der 1960er Jahre andauernden programmatischen Umgestaltung, die ursprünglich von Parteiobmann Peter zur stärkeren Betonung liberaler Elemente initiiert wurde. Im Manifest werden neben der zentralen Stellung des Individuums auch dessen Verbindung zur organisch gewachsenen Gemeinschaft betont (vgl. FPÖ 1973: 13). Das im Oktober 1997 ebenfalls in Linz verabschiedete Programm wurde nach der Abspaltung des BZÖ am 4. April 2005 auf dem Bundesparteitag in Salzburg, auf dem auch Strache zum neuen Parteiobmann gewählt wurde, geringfügig modifiziert. Inhaltlich wird v.a. auf (Handlungs)Freiheit und ein schlankes Staatswesen großer Stellenwert gelegt.

4.3.1 Marktbild

Im Programm von 1973 ist eine grundsätzlich positive Sichtweise in Bezug auf das kapitalistische Wirtschaftssystem erkennbar. So gibt die Partei ein Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft ab, in der insbesondere die Freiheit des Unternehmertums als zentrale Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg angesehen wird:

„Wir Freiheitlichen stehen auf dem Boden der sozialen Marktwirtschaft. Ein genügend großer Spielraum des eigenverantwortlichen Unternehmers ist eine wichtige Voraussetzung für eine leistungsfähige Wirtschaft, die von der gemeinsamen Arbeit aller getragen wird“ (FPÖ 1973: 24).

In diesem Zusammenhang streicht die Partei auch die Überlegenheit der sozialen Marktwirtschaft gegenüber einem zentral gelenkten Wirtschaftssystem heraus, dessen wirtschaftlicher Entwicklungsstand verhältnismäßig niedriger eingeschätzt wird (vgl. FPÖ 1973: 55). Die Freiheitlichen sehen jedoch die marktwirtschaftliche Stabilität aus sich heraus nicht gegeben und befürworten in weiterer Folge staatliche Regulierungs- und Steuerungsversuche, wobei diese stets im Sinne des Marktes zu erfolgen haben (vgl. ebd.: 25).

Im Programm von 2005 versucht sich die FPÖ mit der Formel der fairen Marktwirtschaft sowohl von einem schrankenlosen Kapitalismus als auch vom gescheiterten Realsozialismus abzugrenzen. Im Rahmen der (fairen) Marktwirtschaft ermöglichen individuelle Freiheit und unternehmerische Leistungsstärke eine erfolgreiche Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung:

„Faire Marktwirtschaft sichert durch freien Wettbewerb in sozialer Verantwortung eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. (...) Faire Marktwirtschaft fördert die Leistungsbereitschaft und weckt die schöpferischen Kräfte“ (FPÖ 2005: 18).

Im Unterschied zur Schrift von 1973 ist in jener von 2005 nun gerade die Abwesenheit von staatlichen Eingriffen notwendige Voraussetzung für ein wettbewerbs- und leistungsfähiges Wirtschaftssystem. Überhaupt ist das gesamte der Marktwirtschaft gewidmete Kapitel 10 in der Programmatik von einem staats skeptischen Denken durchzogen. Akzeptiert werden institutionelle Ordnungsbedingungen, v.a. im Hinblick auf die Verhinderung monopolistischer Strukturen. Auch soll der von politischen Parteien und Verbänden ausgehende Einfluss auf einzelne Wirtschaftsbereiche mittels Privatisierungen durchbrochen werden (vgl. FPÖ 2005: 18f).

4.3.2 Wirtschaftspolitik

In der Programmatik von 1973 zählt die Stabilisierung des marktwirtschaftlichen Systems sowie im Besonderen die Wahrung geordneter Wettbewerbsverhältnisse zu den vorrangigen Arbeitsfeldern der Wirtschaftspolitik. Die staatlichen Instrumentarien sollen sich dabei weniger an ideologischen Standpunkten denn an ihrer Zweckmäßigkeit orientieren. In diesem Sinne sieht die FPÖ auch die Möglichkeit eines planenden Eingriffes in den laufenden Wirtschaftsprozess, insofern dies der Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität oder der Erfüllung gemeinschaftlicher Aufgaben (z.B. Sozialpolitik, Daseinsvorsorge) dient (vgl. FPÖ 1973: 25, 51f):

„Der moderne Staat greift tief in den Wirtschaftsprozess ein. Wir bejahen diese Eingriffe soweit sie darauf abzielen, eine funktionierende soziale Marktwirtschaft zu sichern. Hingegen lehnen wir jede staatliche Wirtschaftspolitik ab, die eine Verstaatlichung der Wirtschaft oder ihre Umwandlung in eine staatlich gelenkte Planwirtschaft bezwecken“ (FPÖ 1973: 25).

Obwohl Verstaatlichungen als allgemeiner Grundsatz entschieden abgelehnt werden, soll die betriebliche Leistungserstellung dem Grundsatz der Gleichberechtigung zwischen verstaatlichten und privaten Unternehmen unterliegen (vgl. FPÖ 1973: 29).

Rund 30 Jahre später haben sich die Ansichten der FPÖ evident in Richtung einer staatskritischen Haltung verschoben. Nunmehr steht, neben der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen, v.a. die Reduzierung auf einen möglichst schlanken Staatskorporus im Mittelpunkt freiheitlicher Wirtschaftspolitik. Vor allen Dingen darf der Staat nicht als Unternehmer auftreten:

„Der Staat sollte sich jeder erwerbswirtschaftlichen und unternehmerischen Betätigung enthalten müssen, die derzeit lediglich zur Verzerrung der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt zu Lasten der privaten Mitbewerber (...) führt“ (FPÖ 2005: 13).

Ein Staatsaufgabenkatalog soll die *„Konzentration auf die ureigensten Staatsaufgaben“* (ebd.: 12) ermöglichen, zu denen die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit, die Durchsetzung einer Gesetzgebung sowie die Sicherstellung der Grundversorgung zählen (vgl. FPÖ 2005: 12). Damit einhergehend ist auch ein weitläufiges Deregulierungs- und Privatisierungsbestreben um den Einfluss politischer Parteien auf die Wirtschaft zu vermindern. Ein schlanker Staatskorporus ermöglicht in weiterer Folge eine Reduzierung der Abgabenquote für Unternehmen (Wettbewerbssteigerung) und MitarbeiterInnen (vgl. ebd.: 18ff).

4.3.3 Menschenbild

Das Menschenbild in der Schrift von 1973 orientiert sich am Grundsatz einer freiheitlichen Lebensordnung, die den Fokus auf die Selbstbestimmung der Individuen legt (vgl. FPÖ 1973: 9, 55). Als Konsequenz der Sichtweise einer von gemeinschaftlichen Verhältnissen möglichst unabhängigen persönlichen Entwicklung, wird das materialistische Gesellschaftsverständnis kritisiert:

„Die linken Utopisten betrachten den Menschen als Produkt seiner Umwelt und der Produktionsverhältnisse. Damit verneinen sie die Freiheit des Menschen, denn der Mensch als Produkt der Verhältnisse hätte keine Freiheit“ (FPÖ 1973: 6).

Die Entfaltung der Persönlichkeit ist in erster Linie auf die Abwendung staatlicher Bevormundung zurückzuführen. Darüber hinaus kommt bei der individuellen Entwicklung auch der Familie eine tragende Rolle zu, da sie im freiheitlichen Verständnis die wichtigste Form der Gemeinschaft darstellt (vgl. FPÖ 1973: 9, 14).

Arbeit wird für das menschliche Leben als zentral eingestuft. Eine sinnerfüllte Tätigkeit bildet zusammen mit einem leistungsbewussten Denken die Basis der Arbeitswelt (vgl. ebd.: 24).

Individuelle Freiheit und Eigenverantwortung sind auch in der Programmatik von 2005 die zentralen Postulate der FPÖ. In diesem Kontext wird auf die Gegensätzlichkeit eines auf staatlichen Zwangsmaßnahmen beruhenden Gesellschaftssystems im Vergleich zu einer freiheitlichen Ordnung hingewiesen. Der Freiheitsbegriff ist wie im Vorgängerprogramm – durch die Abwesenheit von Zwang – primär negativ definiert:

„Staatliche Umerziehung, Bevormundung und Gängelungen sind im Grunde gegen die Menschenwürde gerichtet und verneinen die Verschiedenartigkeit aller Menschen. Zwangsbeglückungen oder gar totalitäre Umformungen zu einem neuen Menschen nach vorbestimmten Normen und ideologischen Konzepten sind mit der Achtung der Menschenwürde unvereinbar“ (FPÖ 2005: 3).

Eine weitere Parallele zur Schrift von 1973 findet sich in der sozialen Eingebundenheit des Einzelnen in die Gemeinschaft, wobei wiederum der Familie die gewichtigste Position zukommt (vgl. FPÖ 2005: 1).

In der Programmatik von 2005 finden sich wenig konkrete Aussagen zur Ausgestaltung der menschlichen Arbeitswelt, da hauptsächlich Maßnahmen zur Förderung der Unternehmen vorgeschlagen werden. Die Angaben beschränken sich auf die Formulierung einer „verantwortlichen Partnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ (FPÖ 2005: 19) zum Zwecke der Steigerung der Leistungsbereitschaft in der Belegschaft (vgl. FPÖ 2005: 19).

4.3.4 Wohlfahrtsstaatliches Engagement

Sozialstaatliche Elemente haben in der Programmatik von 1973 die Aufgabe den Menschen eine Absicherung gegen die Risiken einer auf Freiheit beruhenden Gesellschaftsordnung zu bieten (vgl. FPÖ 1973: 12). Grundsätzlich ist es Angelegenheit des Staates allen Menschen, die nicht mehr befähigt sind für ihren eigenen Lebensunterhalt aufzukommen, ein Mindesteinkommen (Grundversorgung) zu garantieren:

„Schutz vor äußerer Gewalt (...) war schon immer die ureigenste Aufgabe jedes Staates. Darüber hinaus braucht der Mensch auch soziale Sicherheit. Sie muss in der extrem arbeitsteilig organisierten und technisierten Zivilisation als zusätzliche gesellschaftspolitische Aufgabe des Staates wahrgenommen werden“ (FPÖ 1973: 37).

Zugleich wird auf die Gefahren umfassender Versorgungsleistungen hingewiesen, die eine völlige Abhängigkeit der BürgerInnen zur Folge haben. Zur Vermeidung solcher Abhängigkeitsverhältnisse sind die Menschen dazu angehalten auch selbst für ihre eigene Sicherheit Vorsorge zu tragen (vgl. FPÖ 1973: 57).

Die FPÖ sieht im personellen Einkommen einen wesentlichen Faktor für Leistungsanreize. In diesem Sinne strebt sie, für eine Steigerung der individuellen Leistungsbereitschaft, anstelle einer stärkeren Gleichverteilung eine bewusste Einkommensdifferenzierung an. Daneben soll aber auch eine sinnerfüllte Arbeit einen wichtigen Leistungsanreiz darstellen (vgl. ebd.: 25).

In der Fassung von 2005 wird die Gesellschaft als „solidarische Risikogemeinschaft“ (FPÖ 2005: 21) bezeichnet, in der die Menschen die sozialen Aufgaben in erster Linie eigenverantwortlich oder in kleinen Kreisen (z.B. Familie) wahrzunehmen haben. Der Staat hat als letzte Instanz die Verantwortung für die soziale Wohlfahrt zu übernehmen, dabei muss er neben der Verhinderung existenzieller Notlagen auch die Sicherung von Mindestlebensbedingungen garantieren (vgl. FPÖ 2005: 21):

„Der Staat als letztverantwortliche Organisationsform der Risikogemeinschaft soll hierbei lediglich eine Grundversorgung gewährleisten, die die eigenverantwortliche Vorsorge ergänzt und vervollständigt“ (FPÖ 2005: 22).

Im Unterschied zum 73er Programm wird nun neben der Gefahr von Abhängigkeitsverhältnissen auch jene des Sozialschmarotzertums infolge umfassender

Versorgungsleistungen problematisiert. Notwendig ist daher eine effektive Bekämpfung von Sozialleistungsmissbrauch (vgl. FPÖ 2005: 22).

Quelle: Eigene Darstellung; Legende: Programm 1973 grau, Programm 2005 weiß

4.4 Interpretation der Parteiprogramme der Grünen

Die Grüne Alternative ging 1986 aus einer Vereinigung zwischen den Vereinten Grünen Österreichs und der Alternativen Liste Österreichs hervor. Bei den Nationalratswahlen im selben Jahr schaffte die Partei mit der Spitzenkandidatin Meissner-Blau zum ersten Mal den Einzug ins Parlament. Im 1986 ausgearbeiteten Kurzprogramm stellt die Partei „*das vorläufige Ergebnis unserer Zusammenarbeit vor*“ (Grüne 1986: 3), da sie aufgrund des vorgezogenen Wahltermins inmitten der Programmarbeit überrascht wurden (vgl. Grüne 1986: 3). Inhaltlich ist die Programmatik stark am Umweltschutz ausgerichtet. Dem beim 20. Bundeskongress von Linz am 07./08. Juli 2001 beschlossenen Grundsatzprogramm gingen mehreren Diskussionen auf Bundestagungen voraus. Im Vorwort des Programms sehen sich die Grünen als „*Alternative im Parteisystem*“ (Grüne 2001: ii), wengleich der Text von stärkerem Pragmatismus durchzogen ist.

4.4.1 Marktbild

Im Leitlinienprogramm von 1986 ist ein unter ökologischen Gesichtspunkten negatives Bild von der kapitalistischen Marktwirtschaft ersichtlich. Dabei werden v.a. die – infolge der unkontrollierten Wirtschaftsentwicklung – fortschreitende Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt sowie die damit verbundenen negativen Konsequenzen für die Menschen, etwa in Form der Entziehung der Lebensgrundlagen, thematisiert:

„Umweltzerstörung, Ausbeutung wichtiger Rohstoffe und Wettrüsten gehen unvermindert weiter. Die Zerstörung der Natur hat in den letzten Jahren katastrophale Ausmaße angenommen. Die Natur leidet an wildem Wachstumszwang einer zerstörerischen Industriegesellschaft, die Menschen leiden an der zerstörten Natur“ (Grüne 1986: 2).

Die Kritik an der Umweltzerstörung beschränkt sich keinesfalls auf den privaten Unternehmensbereich. Vielmehr vertritt die Partei den Standpunkt der prinzipiellen Unvereinbarkeit zwischen einer auf Profitorientierung und Massenproduktion ausgerichteten kapitalistischen Wirtschaftsordnung und einer ökologischen Verträglichkeit. Dieser Zustand kann nur durch einen grundlegenden Umbau des gesamten Wirtschaftssystems überwunden werden (vgl. Grüne 1986: 6f).

Die aktuelle Programmatik folgt einer differenzierten Betrachtung, da sowohl Stärken als auch Schwächen der kapitalistischen Marktwirtschaft behandelt werden. Auf der einen Seite wird in Übereinstimmung mit dem 86er Programm die Ausbeutung natürlicher und menschlicher Ressourcen kritisiert. Zudem warnen die Grünen vor der zunehmenden Tendenz der Ökonomisierung sozialer Lebensbereiche (vgl. Grüne 2001: 18). Auf der anderen Seite

verweisen sie auf die effiziente Koordinationsfähigkeit der Marktkräfte in wirtschaftlichen Prozessen:

„Die Grünen erkennen an, dass der Markt das effizienteste bisher bekannte Steuerungsinstrument für wirtschaftliche Aktivitäten ist; nicht weniger, aber auch nicht mehr“ (Grüne 2001: 18).

Da der Markt per se jedoch keine gesellschaftlichen Ziele hervorbringt, soll er dem Primat der Politik untergeordnet sein. Wenn durch staatliches Handeln dort regulierend eingegriffen wird, wo es zu unerwünschten Ergebnissen für Mensch und Umwelt führt, kann der Marktmechanismus für ein soziales und ökologisches Wirtschaften nutzbar gemacht werden (vgl. Grüne 2001: 11, 18).

4.4.2 Wirtschaftspolitik

Ausgehend vom Befund einer umwelt- und menschengefährlichen Wirtschaftsordnung, streben die Grünen in ihrem Kurzprogramm eine ökologische und soziale Systemtransformation an:

„Dieses Wirtschaftssystem ist menschenfeindlich. Kurzfristig müssen wir seine schlimmsten Folgen mindern. Langfristig müssen wir es umbauen“ (Grüne 1986: 6).

Die ökologische Sanierung der Wirtschaft soll bei den verstaatlichten Unternehmen beginnen – anstelle schädlicher Massenproduktionen (z.B. Aluminium, Stahl) ist dabei verstärkt auf umweltfreundliche Finalerzeugnisse umzusteigen. Privatisierungen staatlicher Betriebe werden abgelehnt (vgl. Grüne 1986: 7). Darüber hinaus benötigt die ökologische Sanierung eine dem Credo des Umweltschutzes verpflichtete Wirtschaftspolitik. Hierzu zählen u.a. das Herabsetzen von Grenzwerten für den Schadstoffausstoß in Industrie (z.B. Produktionsumstrukturierung) und Verkehr (z.B. autofreie Sonntage) sowie eine Besteuerung ökologischer externer Effekte nach dem Verursacherprinzip (vgl. ebd.: 3,8). Ein weiteres programmatisches Kernanliegen ist die Verringerung der nationalen Einkommensunterschiede auf Arbeit bei einer gleichzeitigen steuerlichen Begünstigung von Arbeits- zu Nichtarbeitseinkommen (vgl. ebd.:7f).

In der Programmatik von 2001 wird entsprechend dem vermittelten Marktbild ein wirtschaftspolitischer Zugang verfolgt, der neben der ökologischen Verträglichkeit auch die Notwendigkeit der ökonomischen Funktionalität miteinbezieht (vgl. Grüne 2001: 13). Der Handlungsspielraum des Staates sieht dabei neben dem Setzen von Rahmenbedingungen auch die Möglichkeit von konkreten Steuerungen im Hinblick auf eine soziale und nachhaltige Wirtschaftsordnung vor. Einer vorzugsweise der Unternehmerseite ausgerichteten Wirtschaftspolitik wird hingegen eine Absage erteilt:

„Wirtschaftspolitik kann sich daher aus Grüner Sicht nicht in der Erhöhung der Vorteile von Unternehmen erschöpfen. (...) Für die Politik bedeutet dies einen klaren Auftrag, dem betrieblichen Wirtschaften einen Rahmen zu setzen. Dieser hat die Kosten und Nutzen im betriebs- und branchenübergreifenden, gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu berücksichtigen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern“ (Grüne 2001: 19f).

Obleich die staatliche Aufgabe der Bereitstellung und Verteilung öffentlicher Güter und Dienstleistungen (Daseinsvorsorge) unbestritten ist, werden Privatisierungskonzepte nicht mehr pauschal verworfen. Diese sollen im Hinblick auf gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen überprüft werden (vgl. Grüne 2001: 18, 21). Die Steuerpolitik zielt analog zur Vorgängerprogrammatisierung sowohl auf eine stärkere Besteuerung von Energieverbrauch als auch auf eine Entlastung von Arbeitseinkommen ab (vgl. ebd.: 22).

4.4.3 Menschenbild

Das Kurzprogramm von 1986 enthält noch keine grundlegend ausgearbeiteten Wertevorstellungen über das menschliche Zusammenleben. Der Fokus liegt auf der Aussage der ökologischen Einbettung des Menschen in ein übergeordnetes System. Aufgrund der zentralen Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt sehen die Grünen den Fortbestand der menschlichen Spezies als gefährdet an. Weil der Mensch durch Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch das Ökosystem, in das er eingebettet ist, zusehends zerstört, vernichtet er zugleich seinen eigenen Lebensraum (vgl. Grüne 1986: 2).

Die menschliche Arbeitswelt wird v.a. vor dem Hintergrund einer zunehmenden Technisierung (z.B. Mikroelektronik) und der damit verbundenen Rationalisierung von Arbeitsplätzen betrachtet. Im Sinne einer „*menschengerechte[n] Technologiepolitik*“ (Grüne 1986: 8) muss vor der Einführung neuer Technik ihre tätigkeitsunterstützende Funktion nachgewiesen sein (vgl. Grüne 1986: 8).

15 Jahre später liegt dem Grundsatzprogramm ein detailliertes Menschenbild vor, das u.a. auf den Prinzipien des sozialen Zusammenhalts (Solidarität) und der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen (Ökologie) beruht. Im Rahmen der ökologischen Einbettung wird auf die Bedeutung einer intakten Umwelt sowie einer gerechten Ressourcenverteilung hingewiesen. Die soziale Einbettung des Menschen findet in Form der allgemeinen Pflicht zur gegenseitigen Hilfe im Gemeinschaftswesen Ausdruck und ist dem Recht auf Selbstbestimmung zur Seite gestellt. Dabei wird die Verwirklichung der individuellen Freiheit davon abhängig gemacht, inwiefern es in einer Gesellschaft gelingt, soziale Rahmenbedingungen und einen ökologischen Ausgleich der Ressourcen sicherzustellen:

„Selbstbestimmung und Solidarität stehen potentiell in einem Spannungsverhältnis, solange nicht berücksichtigt wird, dass erst eine solidarische Verteilung der Ressourcen allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht“ (Grüne 2001: 7).

Die Grünen betrachten Erwerbsarbeit nicht ausschließlich aus ökonomischem Kalkül (Existenzsicherung, Wirtschaftswachstum). Eine sinnerfüllte Arbeit ist darüber hinaus Quelle von Selbstverwirklichung und Anerkennung. Daneben weisen sie auf die – mit der Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse verbundene – gesellschaftliche Segmentierung hin (vgl. Grüne 2001: 31f).

4.4.4 Wohlfahrtsstaatliches Engagement

Die Grünen proklamieren in ihrem Kurzprogramm eine Opferpolitik, bei der nicht individuelles, sondern gesellschaftliches Versagen als Gründe für Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung angeführt werden. Vor diesem Hintergrund sieht die Partei ein umfassendes System der sozialen Sicherheit vor, bei dem analog zur Idee des bedingungslosen Grundeinkommens für alle BürgerInnen eine erwerbsunabhängige soziale Grundsicherung zur Verfügung stehen soll. Darüber hinaus sind von staatlicher Seite auch nichtmonetäre Leistungen in Form von Pflege- und Betreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen (vgl. Grüne 1986: 6).

Die Grünen sehen in Anbetracht ungleicher Einkommens- und Vermögensverhältnisse auch die Notwendigkeit einer gerechteren Verteilung des Volksvermögens:

„Wenn Manager, Primärärzte und Spitzenpolitiker jährliche Einkommen beziehen, die für die meisten Menschen nicht einmal im Laufe ihres ganzen Lebens zu erzielen sind, dann reden jene, die diesen Zustand als untragbar bezeichnen, gewiss nicht der Gleichmacherei das Wort“ (Grüne 1986: 7).

Auch im Programm von 2001 wird ein umfassendes soziales Sicherungssystem angestrebt, da Individuen trotz Erwerbstätigkeit oftmals von Armut betroffen sind. Das System setzt sich wiederum aus einer monetären Grundsicherung und sozialstaatlichen Rahmenbedingungen (z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Gesundheitswesen) zusammen (vgl. Grüne 2001: 37, 48f). Mit dem Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung sollen alle BürgerInnen ein Mindesteinkommen beziehen, das neben der Existenzsicherung auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ermöglicht:

„Die Grünen wollen Existenzsicherung vom konkreten Erwerbsarbeitsverhältnis entkoppeln: Alle Menschen haben das Recht auf eine menschenwürdige Existenz. Dazu gehört eine finanzielle Grundsicherung ebenso wie die Chance, die eigenen Fähigkeiten umfassend zu entwickeln. Die Grüne Grundsicherung will Teilhabe an der Gesellschaft fördern“ (Grüne 2001: 30).

Inhaltliche Kontinuität besteht auch in der Auffassung einer ausgewogeneren Verteilung, wobei die Schwerpunkte in den Bereichen der Einkommensverteilung zwischen Löhnen und Profiten sowie zwischen Männer und Frauen gesetzt werden (vgl. ebd.: 36).

5 Schlussfolgerungen und Diskussion

In diesem Beitrag wurden Grundsatzprogramme der einflussreichsten österreichischen Parteien hinsichtlich der Übernahme von neoliberalen Standpunkten analysiert. Ausgehend von den ermittelten Ergebnissen kann eine parteiübergreifende Annäherung an neoliberale Positionen konstatiert werden, wenngleich die Intensität der Annäherung zwischen den einzelnen Fraktionen variiert. In Bezug auf die analysierten Dimensionen konnten dabei folgende Veränderungen festgestellt werden (Tabellen 2-5):

Standen einige Parteien in ihren frühen Schriften der Marktwirtschaft sehr kritisch gegenüber (SPÖ, Grüne), oder betonten zumindest die Notwendigkeit einer politischen Steuerung (FPÖ) bzw. Regelung (ÖVP), so lässt sich in allen aktuellen Programmen eine parteiübergreifende Bewegung hin zu einer marktfreundlichen Position erkennen. Der Markt wird dabei als (effizientestes) Allokationsinstrument für ökonomische Aktivitäten wahrgenommen, wenngleich bei SPÖ und Grüne weiterhin gewisse Einschränkungen vorhanden sind (Tabelle 2).

Tabelle 2: Übersicht programmatische Kerninhalte – Marktbild (Eigene Darstellung)

Eigenschaften des Marktes	ÖVP 1972	Förderung von Wohlstand; Lösen von Gemeinschaftsaufgaben
	ÖVP 2015	Anreize für Wachstum, Wohlstand und wirtschaftliche Nachhaltigkeit
	SPÖ 1978	Schädigung von Mensch und Umwelt; Systeminstabilität
	SPÖ 1998	Förderung von Wohlstand, aber fehlende Verteilungsgerechtigkeit
	FPÖ 1973	Freiheits- und Fortschrittsfördernd bei adäquater staatlicher Regulierung
	FPÖ 2005	Förderung Leistungsbereitschaft und dynamische Wirtschaftsentwicklung
	Grüne 1986	Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt
	Grüne 2001	Ausbeutung und Zerstörung der Umwelt; effizientestes bekannte System

Verbunden mit dieser optimistischeren Ausrichtung änderte sich auch die Form der Wirtschaftspolitik. Waren Systemtransformation (SPÖ, Grüne) bzw. –erhaltung (ÖVP, FPÖ) wesentliche Ziele in den Programmen aus der *Golden Age* Phase des Kapitalismus, ist nun die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit eine Gemeinsamkeit in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung aller Parteien. Entsprechend wurden keynesianisch angelegte Regulierungs- und Interventionskonzepte zur Steuerung der Marktwirtschaft zugunsten einer auf die Ausgestaltung und Sicherung einer funktionierenden Marktwirtschaft ausgerichteten Wirtschaftspolitik ersetzt (Tabelle 3).

Tabelle 3: Übersicht programmatische Kerninhalte – Wirtschaftspolitik (Eigene Darstellung)

		Ziele	Maßnahmen
Ziele und Maßnahmen der Wirtschaftspolitik	ÖVP 1972	Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung, Wachstum	Wirtschaftsnahe Steuer-, Konjunktur-, und Investitionspolitik
	ÖVP 2015	Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, schlanker Staat	Unternehmensfreundliches Steuersystem, Privatisierung, Flexibilisierung
	SPÖ 1978	Transformation zu einem „demokratischen Sozialismus“	Planender demokratischer Prozess, staatliche Nachfragestützung, Entlastung kleiner Einkommen
	SPÖ 1998	Vollbeschäftigung, Wettbewerbssicherung	Staatlicher Ordnungsrahmen, Investitionspolitik
	FPÖ 1973	Systemstabilisierung, geordnete Wettbewerbsbedingungen	Steuernde Eingriffe des Staates
	FPÖ 2005	Wettbewerbsstärkung kleiner und mittlerer Unternehmen, schlanker Staat	Staatsaufgabenkatalog, Privatisierung, Deregulierung, leistungsfreundliches Steuersystem
	Grüne 1986	Ökologische Transformation	Umweltfreundliche Produktion, ökologisches Steuersystem
	Grüne 2001	Ökologische Verträglichkeit, wirtschaftliche Effizienz	Rahmenbedingungen und Eingriffe, ökologisches Steuersystem

Beim Menschenbild gibt es sowohl Konstanz als auch Veränderung. So konnte nur bei zwei Parteien eine merkliche Änderung ihrer Grundwerte – in Richtung der Stärkung der individuellen Freiheit (ÖVP, SPÖ) – festgestellt werden. Deutlicher erkennbar ist der Trend die menschliche Arbeitswelt aus ökonomischer Perspektive zu betrachten, gleichwohl ob dabei nun stärker das Leistungsprinzip (ÖVP, FPÖ) oder die materielle Existenzsicherung (SPÖ, Grüne) betont werden (Tabelle 4).

Tabelle 4: Übersicht programmatische Kerninhalte – Menschenbild (Eigene Darstellung)

		Grundwerte	Arbeitsverständnis
Menschenbezug	ÖVP 1972	Solidarität, Subsidiarität	Leistungserbringung, Selbstverwirklichung
	ÖVP 2015	Individuelle Freiheit, Eigenverantwortung	Leistungserbringung, Anreizorientierung
	SPÖ 1978	Entfaltung im Rahmen einer Gemeinschaft	Humanisierung der Arbeitswelt

	SPÖ 1998	Solidarität, Individuelle Freiheit	Existenzsicherung
	FPÖ 1973	Individuelle Freiheit, Eigenverantwortung, Familie	Leistungserbringung, Lebenserfüllung
	FPÖ 2005	Individuelle Freiheit, Eigenverantwortung, Familie	Leistungserbringung, Anreizorientierung
	Grüne 1986	Ökologische und soziale Einbettung	Menschengerechte Arbeitsplätze
	Grüne 2001	Ökologische und soziale Einbettung	Existenzsicherung, Selbstverwirklichung

Bei der Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates zeigt sich, ausgenommen bei den Grünen, ein klarer Trend in Richtung der Reduktion von Leistungshöhe und –reichweite. Damit einhergehend wird von den Menschen die Pflicht zur eigenverantwortlichen Vorsorge gefordert (Tabelle 5).

Tabelle 5: Übersicht programmatische Kerninhalte – Wohlfahrtsstaat (Eigene Darstellung)

Wohlfahrtsstaat	ÖVP 1972	Versorgung und Verbesserung Lebensverhältnisse durch Staat, Eigeninitiative
	ÖVP 2015	Zeitlich begrenzte Grundversorgung zur Stärkung der Eigenverantwortung
	SPÖ 1978	Umfassende Sicherung und Verbesserung Lebensverhältnisse durch Staat
	SPÖ 1998	Staatliche Sicherung für Berechtigte, Eigeninitiative
	FPÖ 1973	Staatliche Sicherung für Berechtigte, Eigeninitiative
	FPÖ 2005	Betonung Eigenverantwortung, Staat als letztverantwortliche Instanz
	Grüne 1986	Erwerbsunabhängiges Grundeinkommen, sozialstaatliche Einrichtungen
	Grüne 2001	Erwerbsunabhängiges Grundeinkommen, sozialstaatliche Einrichtungen

Neoliberale Standpunkte spiegeln sich in allen neuen Schriften wider. Parteibezogen traten die größten Veränderungen zwischen den beiden Grundsatzprogrammen bei der SPÖ hervor. Die aktuellen Programme von ÖVP und FPÖ sind am stärksten von neoliberalen Inhalten gekennzeichnet. Obgleich auch bei den Grünen ein Einstellungswandel identifiziert werden konnte (v.a. in den ersten beiden Dimensionen), ist die Partei in ihren Überzeugungen jedoch am wenigsten durch den neoliberalen Zeitgeist beeinflusst.

Literaturverzeichnis

- Altwater, E./Mahnkopf, B. (2007): *Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*. 7. Aufl. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Boas, T.C./Gans-Morse, J. (2009): Neoliberalism: From New Liberal Philosophy to Anti-Liberal Slogan. *Studies in Comparative International Development*, 44 (2), 137-161.
- Butterwegge, C./Lösch, B./Ptak, R. (2008): *Kritik des Neoliberalismus*. 2., verbesserte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Clement, R./Terlau, W./Kiy, M. (2012): *Angewandte Makroökonomie. Makroökonomie, Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung mit Fallbeispielen*. München: Vahlen.
- Cockett, R. (1995): *Thinking the Unthinkable: Think Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931-1983*. London: Harper Collins Publisher.
- Crouch, C. (2013): *Jenseits des Neoliberalismus. Ein Plädoyer für soziale Gerechtigkeit*. Wien: Passagen Verlag.
- Deppe, H. U. (2005): *Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems. Neoliberalismus und Gesundheitspolitik in Deutschland*. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Verlag für akademische Schriften.
- Die Grünen (1986): Die Grüne Alternative, Liste Fredo Meissner-Blau: Grüne Alternativen, für ein neues Österreich. Offenes Kurzprogramm.
- Die Grünen (2001): Grundsatzprogramm der Grünen. Beschlossen beim 20. Bundeskongress der Grünen am 07. und 08. Juli 2001 in Linz.
- Dobusch, L./Kapeller, J. (2009): Why is Economics not an Evolutionary Science? New Answers to Veblen's old Question. *Journal of Economic Issues*, 43 (4), 867-898.
- Eucken, W. (1951): Die Entwicklung des ökonomischen Denkens. In: Eucken, W. (Hg.): *Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik*. Tübingen: Mohr Siebeck, 59-72.
- Eucken, W. (1952 [1990]): *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 6. Auflage. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Flechthelm, O. K. (1973): *Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland*. Hamburg: Hoffmann & Camp.
- Flohr, H. (1968): *Parteiprogramme in der Demokratie. Ein Beitrag zur Theorie der rationalen Politik*. Göttingen: Otto Schwartz.
- Freiheitliche Partei Österreich (1973): Freiheitliches Manifest zur Gesellschaftspolitik. Beschlossen von der Bundesparteileitung am 05. und 06. September 1973 in Linz.
- Freiheitliche Partei Österreich (2005): Das Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs. Mit Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen vom 27. Ordentlichen Bundesparteitag der FPÖ am 23.4. 2005 in Salzburg.
- Fukuyama, F. (1992): *The End Of History and the Last Man*. New York: Macmillan.
- Gellner, W. (1995): *Ideenagenturen für Politik und Öffentlichkeit. Think Tanks in den USA und in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Harvey, D. (2005): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Hayek, F.A. (1949 [1960]): The Intellectuals and Socialism. In: Huszar, G.B. de (Hg.): *The Intellectuals. A Controversial Portrait*. Glencoe, Illinois: The Free Press, 371-384.
- Hayek, F.A. (1969): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. In: Hayek, F.A. (Hg.): *Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze*. Tübingen: Mohr Siebeck, 249-265.

- Hayek, F.A. (1979 [1996]): Wissenschaft und Sozialismus, In: Hayek, F.A (Hg.): *Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien*. Tübingen: Mohr Siebeck, 267-277.
- Hayek, F.A. (1980): *Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Eine neue Darstellung der liberalen Prinzipien der Gerechtigkeit und der politischen Ökonomie. Bd 1: Regeln und Ordnung*. München: Verlag Moderne Industrie.
- Heuser, U.J. (2003): Neoliberalismus. Ein Gespenst geht um in Deutschland. *Merkur*, 57 (9-10), 800-806.
- Hira, A. (1998): *Ideas and Economic Policy in Latin America. Regional, National and Organizational Case Studies*. London: Praeger.
- Kaack, H. (1971): *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kapeller, J./Huber, J. (2009): Politische Paradigmata und neoliberale Einflüsse am Beispiel von vier sozialdemokratischen Parteien in Europa. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38 (2), 163-192.
- Keynes, J. M.(1936 [1964]): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. New York: Harcourt Brace & World.
- Klages, J./Strutynski, P. (Hg.): *Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA-Verlag, 1997.
- Kowall, N. (2013): Das neoliberale Modell. Genese, Politiken, Bilanz. Eine polit- und makroökonomische Bestandsaufnahme. *Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft* Nr. 124. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien. Online: kowall.me/wp-content/uploads/2013/01/neoliberale_epoche_wiss.pdf (Zugriff: 22.1.2018).
- Kriechbaumer, R. (2006): *Die Ära Kreisky. Österreich 1970-1983*. Wien/Köln/Graz: Böhlau Verlag.
- Lacina, F. (1993): Austro-Keynesianismus. In: Weber, F./Venus, T. (Hg.): *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis*. Wien: Wien Jugend & Volk Wissenschaft, 15-20.
- Marx, K./Engels, F. (1848): *Manifest der Kommunistischen Partei*. Office der „Bildungs-Gesellschaft für Arbeiter“. London.
- Mayring, P. (2010): *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Technik*. Weinheim: Beltz Verlag.
- Mirowski, P. (2013): *Never Let a Serious Crisis go to Waste. How Neoliberalism Survived the Financial Meltdown*. New York/London: Verso.
- Mirowski, P. (2014): *The Political Movement that Dared not Speak its own Name. The Neoliberal Thought Collective Under Erasure*. Institute for New Economic Thinking Discussion Paper 14/23, New York.
- Mirowski, P./Plehwe, D. (Hg.): *The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Cambridge, MA/London: Harvard University Press, 2009.
- Mont Pelerin Society (2018): Statement of Aims. Online: <https://www.montpelerin.org/statement-of-aims/> (Zugriff: 18.01.2018).
- Nachtwey, O. (2009): *Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Nash, G.H. (1976): *The Conservative Intellectual Movement in America. Since 1945*. New York: Basic Books.

- Nordmann, J. (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*. Hamburg: VSA.
- Österreichische Volkspartei (1972): Salzburger Programm. Das Grundsatzprogramm der ÖVP. Beschlossen am 01.12.1972 auf dem außerordentlichen Bundesparteitag in Salzburg.
- Österreichische Volkspartei (2015): Grundsatzprogramm 2015 der Österreichischen Volkspartei. Beschlossen am 12.05.2015 im Rahmen des 37. außerordentlichen Bundesparteitag in Wien.
- Österreichische Volkspartei (2018): Die Geschichte der Volkspartei. Online: <https://www.oevp.at/Die-Geschichte> (Zugriff: 12.02.2018).
- Ötsch, W.O./Pühringer S./Hirte K. (2018): *Netzwerke des Marktes. Ordoliberalismus als Politische Ökonomie*. Wiesbaden: Springer.
- Ötsch, W.O. (2009): *Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie*. Marburg: Metropolis.
- Plehwe, D./Wapen, B. (1998): Marktradikale Think Tanks und Stiftungen. International organisierte und institutionalisierte Diskursagglomeration als Kräfteaggregat der neuen Rechten. *Forum Wissenschaft*, 15 (1), VI-IX.
- Plehwe, D./Walpen, B. (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pélerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und –erhaltung. *PROKLA*, 29 (2), 203-235.
- Ptak, R. (2004): *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland*. Opladen: Leske & Budrich.
- Rieger, P. (1993): Die Rezeption keynesianischer Ideen in Österreich. Erinnerungen eines Zeitzeugen. In: Weber, F./Venus, T. (Hg.): *Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis*. Wien: Wien Jugend & Volk Wissenschaft, 29-36.
- Saad-Filho, A./Johnston, D. (2005): *Neoliberalism. A Critical Reader*. London/Ann Arbor: Pluto Press.
- Schmelzer, M. (2010): *Freiheit für Wechselkurse und Kapital. Die Ursprünge neoliberaler Wirtschaftspolitik und die Mont Pélerin Society*. Marburg: Metropolis.
- Smith, A. (1776 [2001]): *Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen*. München: dtv Verlagsgesellschaft.
- Sozialistische Partei Österreich (1978): Sozialistische Politik 8. Das neue Programm der SPÖ. Beschlossen vom Bundesparteitag der SPÖ am 20.05.1978.
- Sozialdemokratische Partei Österreich (1998): SPÖ-Grundsatzprogramm. Das Programm für eine erfolgreiche Zukunft. Beschlossen am 30./31.Oktober 1998.
- van Treeck, T./Hein, E./Dünhaupt, P. (2007): Finanzsystem und wirtschaftliche Entwicklung in den USA und in Deutschland im Vergleich. Eine makroökonomische Skizze. *WSI Mitteilungen*, 60 (12), 635-642.
- Walpen, B. (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus. *UTOPIE kreativ*, 121/122, 1066-1079.
- Williamson, J. (1993): Democracy and the Washington Consensus. *World Development*, 21 (8), 1329-1336.
- Willke, G. (2003): *Neoliberalismus*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.